

Felix Butschek

Wirtschaftschronik

III. Quartal 1992

8. Juli: Auf dem Treffen der führenden 7 Industriestaaten in München können die Meinungsdivergenzen in den GATT-Gesprächen abermals nicht überwunden werden. Betreffend

Ausland

die Probleme Rußlands wird ein gemeinsamer Beschluß darüber erreicht, die veralteten Atomkraftwerke auf Kosten der westlichen Industriestaaten zu sanieren.

16. Juli: Die Deutsche Bundesbank erhöht die Leitzinsen; der Diskontsatz wird von 8% auf 8,75% angehoben. Die Oesterreichische Nationalbank erhöht die Bankrate lediglich von 8% auf 8,5% und bleibt damit, ebenso wie die Notenbanken Belgiens und der Niederlande, unter der deutschen Anhebung

11. September: Der italienische Premierminister Amato legte dem Parlament den Entwurf eines Ermächtigungsgesetzes vor, wonach die Regierung 3 Jahre hindurch die Möglichkeit erhalten soll vom Parlament beschlossene Ausgaben zu kürzen, Steuern zu erhöhen und Kreditgewährungen zu stoppen

14. September: Als Reaktion auf den wachsenden Stützungsbedarf der italienischen Lira im Europäischen Währungssystem wird ihr Kurs gegenüber den anderen EWS-Währungen um 7% abgewertet. Gleichzeitig senkt die Deutsche Bundesbank den Diskontsatz um ½ Prozentpunkt auf 8,25% und den Lombardsatz um ¼ Prozentpunkt auf 9,5%. Gemeinsam mit den Notenbanken einer Reihe

Das wirtschaftspolitische Geschehen wurde auch im III. Quartal durch Probleme der EG dominiert. Während sich noch die öffentliche Aufmerksamkeit der Abstimmung in Frankreich über die Beschlüsse von Maastricht zuwandte, geriet das Europäische Währungssystem in Schwierigkeiten, die letztlich die zumindest zeitweilige Suspendierung der Teilnahme einiger Staaten zur Folge hatten.

europäischer Länder schließt sich die Oesterreichische Nationalbank diesem Zinssenkungsschritt mit einer Reduktion von Diskont- und Lombardsatz um je ¼ Prozentpunkt an. Der Satz für Offenmarktgeschäfte wird um ½ Prozentpunkt zurückgenommen.

17. September: Nach den ergebnislosen Versuchen, den Kursverfall des britischen Pfund und der italienischen Lira im Europäischen Währungssystem aufzuhalten, suspendieren Großbritannien und Italien ihre Teilnahme am Wechselkursmechanismus des EWS. Damit entfällt für die EWS-Notenbanken die Interventionspflicht zur Stützung dieser Währungen. Die spanische Peseta wird um 5% abgewertet.

20. September: Mit einer knappen Mehrheit von 51,05% stimmen die französischen Wähler für die im Vertrag von Maastricht vorgesehene politische und wirtschaftliche Union Europas.

21. September: Regierung und Opposition einigen sich in Schweden auf ein umfangreiches Sanierungspaket, welches durch Kürzung der Sozialausgaben und Steuererhöhungen 1993 das Budget um 27,6 Mrd. Kronen (52 Mrd. S) entlasten soll. Im Vor-

dergrund steht eine Reduktion der Renten um 2%, des Krankengeldes sowie der Wohnungsbeihilfen. Das Pensionsalter wird auf 66 Jahre angehoben. Die Entwicklungshilfe wird gekürzt, und die Benzinpreise werden angehoben.

25. September: Mit einem Staatsakt wird der Main-Donau-Kanal nach fast 32 Jahren Bauzeit eröffnet. Die 3.500 km lange Wasserstraße verbindet Rotterdam mit dem Schwarzen Meer.

Österreich

1. Juli: Der ERP-Fonds hebt die Obergrenze von 500 Mill. S für sein Ost-Förderungsprogramm auf und wird grundsätzlich alle Ostprojekte fördern, welche die Voraussetzungen für eine Förderung erfüllen. Die Projektquote wird zudem von 30% auf 50% der Projektkosten angehoben. Eine Auslagerung heimischer Produktionen bleibt hingegen von jeglicher Förderung ausgeschlossen.

8. Juli: Das Aufenthaltsgesetz sieht ab Juli 1993 vor, daß die Bundesregierung durch Verordnung eine jährliche Einwanderungsquote festlegt. Hierbei sind die Erfordernisse der Wirtschaft zu berücksichtigen. Ausländer müssen den Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung bei den österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland stellen. Die Aufenthaltsbewilligung ist befristet und kann verlängert werden. Ehepartner und minderjährige Kinder erhalten jedenfalls Aufenthaltsbewilligungen, wenn der Ausländer schon zwei Jahre in Österreich gelebt hat. Diese Frist kann verkürzt

werden, wenn Lebensunterhalt und Unterkunft auf Dauer gesichert sind.

10. Juli: Die Kraftfahrzeugsteuer wird neu gestaltet: An Stelle der Stempelmarken tritt die Einhebung durch die Versicherungen. Autos bis 24 kW bleiben steuerfrei, darüber sind je Kilowatt 5,50 S im Monat zu bezahlen.

15. Juli: Auf einer Pressekonferenz erklärt der Vorstandsvorsitzende von Austrian Industries, daß die Sanierung dieses Industriekomplexes gescheitert sei. Die Ursache dafür liege vor allem in den Veränderungen im Osten, welche die österreichische Industrie bis zu 100 000 Arbeitsplätze kosten

könnten. Die Austrian Industries würden die Mehrheit an der ÖMV abgeben und Tochtergesellschaften den Gang an die Börse ermöglichen. Im September werde ein neues Sanierungskonzept für den Konzern vorgelegt werden.

22. Juli: Die Kfz-Haftpflichtversicherung wird per 1. September für Pkw um durchschnittlich 3% erhöht. Die Prämien für Lkw werden stärker angehoben, jene für zweirädrige Fahrzeuge bleiben weitgehend unverändert.

31. August: Das auslaufende Importkontingent für Zement aus der CSFR wird bis Jahresende verlängert. Es

begrenzt die Einfuhr auf 200 000 t im Jahr.

23. September: Der Nationalrat ratifiziert mit den Stimmen der Regierungsparteien den EWR-Vertrag, welcher mit 1. Jänner 1993 in Kraft tritt.

Die Oesterreichische Nationalbank setzt den Zinssatz für Offenmarktgeschäfte von 9% auf 8,75% weiter herab.

Der Nationalrat beschließt eine Novelle zum Katastrophenfondsgesetz; sie ermöglicht es, die Dürreschäden des Sommers, welche in der Landwirtschaft entstanden waren, abzugelten.

Abgeschlossen am 30. September 1992